

NERLICH



Eingriffsrecht Brandenburg

3. Auflage

 BOORBERG

Eingriffsrecht Brandenburg

Grundlagenwissen

Dr. Viktor Nerlich

Professor für Recht an der Hochschule
der Sächsischen Polizei (FH)

3., aktualisierte und ergänzte Auflage, 2024

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek |
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über www.dnb.de abrufbar.

3. Auflage, 2024

ISBN 978-3-415-07478-1

© 2020 Richard Boorberg Verlag

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zu-
gelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages. Dies gilt ins-
besondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikro-
verfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen
Systemen. Die Nutzung sämtlicher Inhalte für das Text- und Data Mining
ist ausschließlich dem Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG vor-
behalten. Der Verlag untersagt eine Vervielfältigung gemäß § 44b Abs. 2
UrhG ausdrücklich.

Titelfoto: © PropCop Effects – stock.adobe.com | Satz: abavo GmbH,
Nebelhornstraße 8, 86807 Buchloe | Druck und Bindung: Vereinigte
Druckereibetriebe Laupp & Göbel GmbH, Robert-Bosch-Straße 42,
72810 Gomaringen

Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG | Scharrstraße 2 | 70563 Stuttgart
Stuttgart | München | Hannover | Berlin | Weimar | Dresden
www.boorberg.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage	11
Abkürzungsverzeichnis	13
Literaturverzeichnis	17
Kapitel 1 Grundlagen des Eingriffsrechts	21
I. Begriff und Bedeutung des Eingriffsrechts	21
1. Recht und Rechtsordnung	21
2. Eingriffsrecht	23
II. Aufgaben und Zuständigkeiten der Polizei	25
1. Die Zuständigkeit der Polizei für die Gefahrenabwehr	25
2. Die Zuständigkeit der Polizei für die Verfolgung von Straftaten	33
3. Aufgaben der Polizei für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten	35
4. Doppelfunktionales Handeln der Polizei	37
5. Schutz privater Rechte durch die Polizei	38
6. Vollzugshilfe	39
7. Abwehr von Gefahren des Terrorismus	39
III. Adressaten polizeilicher Maßnahmen	42
1. Adressaten polizeilicher Maßnahmen zur Gefahrenabwehr	42
2. Adressaten repressiver Maßnahmen der Polizei	44
IV. Die wichtigsten Handlungsgrundsätze der Polizei	49
1. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	49
2. Ermessen	49
3. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	50
V. Handlungsmittel der Polizei	51
1. Verwaltungsakte und Realakte	51
2. Der Verwaltungsakt	52
3. Handlungsmittel der Polizei bei der Strafverfolgung	56
VI. Rechtsgrundlagen für polizeiliche Eingriffe	57
1. Aufgabennormen und Befugnisnormen	57
2. Generalklauseln und Spezialbefugnisse	58

Kapitel 2 Identitätsfeststellung	61
I. Bedeutung und Ziel der Identitätsfeststellung	61
II. Die Identitätsfeststellung zur Strafverfolgung	62
1. Die Identitätsfeststellung des Verdächtigen	63
2. Die Identitätsfeststellung des Nichtverdächtigen	66
III. Die Identitätsfeststellung zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten	68
IV. Die Identitätsfeststellung zur Gefahrenabwehr	68
1. Zweck und Rechtsgrundlagen	68
2. Tatbestandliche Voraussetzung für die Identitätsfeststellung zur Gefahrenabwehr	69
3. Rechtsfolgen: Maßnahmen zur Identitätsfeststellung	74
4. Besondere Form- und Verfahrensvorschriften	76
V. Die von der Identitätsfeststellung betroffenen Grundrechte	77
Kapitel 3 Prüfung von Berechtigungsscheinen	79
Kapitel 4 Befragung und Vernehmung	83
I. Begriff, Abgrenzungen und betroffene Grundrechte	83
II. Die Befragung zur Gefahrenabwehr	84
1. Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	84
2. Rechtsfolgen: Befugnisse aus § 11 BbgPolG	84
3. Befragung in der Schleierfahndung und zur Terrorabwehr	85
III. Die Vernehmung zur Strafverfolgung	86
1. Die Vernehmung des Beschuldigten	86
2. Die Vernehmung des Zeugen	89
IV. Die Vernehmung zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten ...	90
Kapitel 5 Datenerhebung mittels sogen. Bodycams	93
Kapitel 6 Erkennungsdienstliche Maßnahmen	97
I. Überblick, Abgrenzungen und betroffene Grundrechte	97
II. Die erkennungsdienstliche Behandlung nach der Strafprozessordnung	98
1. Die ED-Behandlung gemäß § 81b Abs. 1 Alt. 1 StPO	98
2. Die präventive ED-Behandlung nach § 81b Abs. 1 Alt. 2 StPO	99
3. Rechtsfolge von § 81b Abs. 1 StPO	100
4. Besondere Form- und Verfahrensvorschriften	101

III.	Die erkennungsdienstliche Behandlung	
	nach dem Polizeigesetz	101
	1. Tatbestandliche Voraussetzungen	101
	2. Rechtsfolge: Zulässige Maßnahmen	103
	3. Besondere Form- und Verfahrensvorschriften	104
	Kapitel 7 Vorladung und Vorführung.	107
I.	Die Vorladung.	107
II.	Die Vorführung	109
	Kapitel 8 Sicherstellung und Beschlagnahme	111
I.	Überblick, Rechtsgrundlagen und Grundrechte.	111
II.	Die Sicherstellung zur Gefahrenabwehr	113
	1. Tatbestandliche Voraussetzungen	113
	2. Rechtsfolge: Vollzug der Sicherstellung.	118
	3. Besondere Form- und Verfahrensvorschriften	118
III.	Die Sicherstellung und Beschlagnahme von Beweismitteln	120
	1. Überblick	120
	2. Tatbestandliche Voraussetzungen	121
	3. Begrenzungen der Beschlagnahmefugnis (Beschlagnahmeverbote)	123
	4. Rechtsfolgen und Befugnisse	126
	5. Besondere Form- und Verfahrensvorschriften	127
IV.	Die Beschlagnahme von Einziehungsgegenständen.	129
	1. Bedeutung, Rechtsgrundlage und Abgrenzungen.	129
	2. Tatbestandliche Voraussetzungen	130
	3. Besondere Form- und Verfahrensvorschriften	133
V.	Die Sicherstellung von Führerscheinen.	133
	1. Überblick	133
	2. Tatbestandliche Voraussetzungen	134
	3. Rechtsfolge	135
	4. Besondere Form- und Verfahrensvorschriften	136
	Kapitel 9 Durchsuchung	137
I.	Begriff, Rechtsgrundlagen und Grundrechte	137
II.	Die Durchsuchung zur Gefahrenabwehr.	137
	1. Die Durchsuchung von Personen	138
	2. Die Durchsuchung von Sachen.	146
	3. Betreten und Durchsuchen von Wohnungen.	151

III.	Die Durchsuchung nach dem Strafprozessrecht.	160
1.	Die Systematik des strafprozessualen Durchsuchungsrechts	160
2.	Die Tatbestandsvoraussetzungen für die Durchsuchung zur Strafverfolgung	161
3.	Besondere Form- und Verfahrensvorschriften	164
IV.	Der Umgang mit Zufallsfunden	167
Kapitel 10 Körperliche Untersuchung		169
I.	Begriff, Abgrenzungen und Rechtsgrundlagen.	169
II.	Die körperliche Untersuchung des Beschuldigten	171
1.	Die tatbestandlichen Voraussetzungen	171
2.	Rechtsfolge: Maßnahmen zur Untersuchung.	172
3.	Die Befugnis zur Anordnung der Untersuchung.	173
4.	Durchführungsbefugnis sowie weitere besondere Form- und Verfahrensvorschriften.	174
5.	Verhältnismäßigkeit.	174
III.	Die körperliche Untersuchung anderer Personen	175
1.	Die tatbestandlichen Voraussetzungen	175
2.	Rechtsfolgen	178
3.	Besondere Form- und Verfahrensvorschriften	178
IV.	Die körperliche Untersuchung im Bußgeldverfahren.	179
V.	Die von der körperlichen Untersuchung betroffenen Grundrechte.	179
Kapitel 11 Platzverweis und Aufenthaltsverbot		181
I.	Begriff und Abgrenzungen	181
II.	Der Platzverweis zur Gefahrenabwehr	184
1.	Rechtsnatur und tatbestandliche Voraussetzungen	184
2.	Rechtsfolge	185
3.	Besondere Form- und Verfahrensvorschriften	187
4.	Die Durchsetzung des Platzverweises	187
III.	Das Aufenthaltsverbot.	188
1.	Formelle Rechtmäßigkeit und tatbestandliche Voraussetzungen	188
2.	Rechtsfolge	189
3.	Besondere Form- und Verfahrensvorschriften	190
4.	Die Durchsetzung des Aufenthaltsverbots	190

IV.	Der Platzverweis zur Strafverfolgung	191
1.	Begriff und Abgrenzungen	191
2.	Formelle Rechtmäßigkeit und tatbestandliche Voraussetzungen	191
3.	Rechtsfolge	192
4.	Besondere Form- und Verfahrensvorschriften	193
Kapitel 12 Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot		195
I.	Einführung	195
II.	Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen	197
1.	Formelle Rechtmäßigkeit	197
2.	Tatbestandliche Voraussetzungen	198
3.	Besondere Form- und Verfahrensvorschriften	202
III.	Rechtsfolge	204
IV.	Durchsetzung von Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot	206
V.	Weitere Maßnahmen zum Schutz von Opfern häuslicher Gewalt	207
1.	Das Verbringungsangebot	207
2.	Das Kontakt- und Näherungsverbot	208
3.	Verhaltensauflagen	210
4.	Weitere Maßnahmen zum Opferschutz	211
Kapitel 13 Freiheitsentziehende Maßnahmen		213
I.	Freiheitsentziehung und Freiheitsbeschränkung	213
II.	Die Gewahrsamnahme zur Gefahrenabwehr	215
1.	Begriff und Rechtsgrundlagen	215
2.	Tatbestandliche Voraussetzungen der Gewahrsamnahme ..	216
3.	Besondere Form- und Verfahrensvorschriften	224
III.	Die vorläufige Festnahme	227
1.	Allgemeines	227
2.	Tatbestandsvoraussetzungen der vorläufigen Festnahme nach § 127 Abs. 1 StPO	228
3.	Tatbestandsvoraussetzungen der vorläufigen Festnahme nach § 127 Abs. 2 StPO	230
4.	Besondere Form- und Verfahrensvorschriften	235
IV.	Die Hauptverhandlungshaft nach § 127b StPO	235

V.	Die Sicherheitsleistung	237
1.	Allgemeines und Abgrenzungen	237
2.	Die Sicherheitsleistung nach § 127a StPO	239
3.	Die Sicherheitsleistung nach § 132 StPO	240
VI.	Die Verhaftung	241
Kapitel 14 Zwang		243
I.	Einführung	243
II.	Zwangsanwendung zur Gefahrenabwehr	243
1.	Überblick	243
2.	Die formelle Rechtmäßigkeit des Zwangs zur Gefahrenabwehr.	244
3.	Die tatbestandlichen Voraussetzungen des Zwangs zur Gefahrenabwehr	245
4.	Die Rechtsfolge von § 53 BbgPolG.	251
5.	Weitere Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen.	263
III.	Zwangsanwendung in der Strafverfolgung und im Bußgeldverfahren.	267
IV.	Die vom Zwang betroffenen Grundrechte	268
Anhang: Schematische Übersicht zum Verwaltungsverfahren		269
Stichwortverzeichnis		271